

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Ruttig und Susanne Thiel

amnesty international beklagt "Menschenrechtskatastrophe"

amnesty international hat der Welt vorgeworfen, vor der "Menschenrechtskatastrophe" in Afghanistan die Augen zu verschließen. Eine ai-Delegation habe in pakistanischen Flüchtlingscamps Belege für willkürliche Inhaftierungen, Massenmorde, weitverbreitete Folter und Vergewaltigung von Frauen und Kindern auf Seiten aller bewaffneten Gruppen gefunden. Die Lage sei entsetzlich. "Die meisten westlichen Regierungen haben Afghanistan während des Kalten Krieges mit Waffen und Militärgütern enorm aufgerüstet", hieß es in einer Erklärung. "Nun schweigen die gleichen Regierungen, wenn mit diesen Waffen unbewaffnete Zivilisten umgebracht werden." Seit April 1992 starben nach Erkenntnissen von amnesty allein in Kabul mindestens 15.000 Menschen, Tausende verschwanden, Hunderttausende sind auf der Flucht. Mudshahedin setzen ihre Razzien von Privatwohnungen fort. Männliche Familienmitglieder würden umgebracht, wenn sie sich den Bewaffneten in den Weg stellten, Frauen und Kinder mißhandelt, vergewaltigt und verschleppt. Alle bewaffneten Gruppen besäßen Haftzentren, in denen Langzeinhaftierungen und Folter zur Regel gehörten.

Wieder russische Bomben auf Afghanistan

Russische Flugzeuge bombardierten im Januar den afghanischen Grenzbezirk Tschahab in der Nordprovinz Tochar, meldete Radio Kabul. Möglicherweise hat es sich dabei um eine Vergeltungsaktion für den Tod von sechs russischen Soldaten gehandelt, die am 2. Januar an der afghanisch-tadshikischen Grenze offenbar von tadshikischen Aufständischen getötet worden waren. Die tadshikische Opposition verfügt über Camps auf der afghanischen Seite der Grenze. Bereits am Silvestertag hatten russische Luftstreitkräfte zweimal den Bezirk

Darwaz (Provinz Badachschan) bombardiert, wobei zehn Zivilisten umkamen.

Rakete trifft Kabuler Basar

Ein Raketentreffer in einem Basar der afghanischen Hauptstadt Kabul am 16. Januar forderte ein Todesopfer und Dutzende von Verletzten. Die Rakete wurde wahrscheinlich von Kämpfern des oppositionellen Mudshahedin-Führers Gulbuddin Hekmatyar abgefeuert. Sie beendete eine mehrwöchige Periode, in denen in Kabul eine relative Ruhe geherrscht hatte, weil ein UN-Team Gespräche über eine neue Koalitionsregierung geführt hatte. Am gleichen Tag traf in Kabul ein UN-Hilfskonvoi mit Getreide, Medikamenten und Baumaterial ein, der unterwegs in einem von Hekmatyar-Leuten gehaltenen Gebiet überfallen und geplündert worden war. Die Mudshahedin Hekmatyars feuerten am 20. und 21. Januar weitere Raketen auf die Stadt und töteten insgesamt mindestens 24 Einwohner.

EU gibt Geld für Afghanistan

Die Europäische Union gab in Brüssel bekannt, sie werde Afghanistan humanitäre Hilfe in Höhe von 620.000 ECU (rund 1,1 Millionen DM) gewähren. Damit sollen 30.000 Menschen in Kabul mit Lebensmitteln versorgt werden.

Mudshahedin lassen Briten und Turkmenen frei

Nach acht Monaten Gefangenschaft haben afghanische Mudshahedin den 28-jährigen Briten Eden Fernandez auf freien Fuß gesetzt und in Kabul an einen britischen Diplomaten übergeben. Fernandez hatte sich 1989 der Mudshahedin-Fraktion der 'Harakat-e Islami' bei ihrem Kampf gegen die sowjetischen Invasoren angeschlossen. Nach dessen Ende stand er auf Seiten des afghanischen Präsidenten Burhanuddin Rabbani. Eine Woche später löste Rußland einen während des Afghanistankrieges gefangenen Soldaten der damali-

gen Sowjetarmee aus. Wie das Moskauer Außenministerium mitteilte, kehrte der Gefangene turkmenischer Nationalität in seine Heimat zurück.

Hekmatyar-Erfolge in Kunduz

In Nordafghanistan haben die Mudshahedin Hekmatyars und seines Verbündeten, des usbekischen Milizchefs Dostam, Ende Januar offensichtlich Erfolge erzielt. Bei "anhaltenden und verlustreichen" Gefechten um die Provinzhauptstadt Kunduz fügten sie Regierungstruppen eine Niederlage zu, zahlreiche Regierungssoldaten seien gefangengenommen worden. 500 von ihnen seien übergelaufen.

Pakistan macht Grenze dicht

Pakistan verstärkte im Februar die Grenzsicherungen zu Afghanistan, um, wie es hieß, einen weiteren Flüchtlingsstrom abzuwehren. Innenminister Naseerullah Babar bespricht gleichzeitig, daß sein Land die Taliban unterstütze. Auch Ministerpräsidentin Benazir Bhutto unterstrich während einer UNO-Konferenz in Manila die neutrale Position ihres Landes im Afghanistan-Konflikt. Pakistan halte sich strikt aus der Politik des Nachbarlandes heraus und stehe auf Seiten keiner der rund zehn sich bekämpfenden Mili-

Taliban stellen Bedingungen

UN-Vermittler Mahmud Mestiri erklärte am 22. Februar, die Zusammensetzung des Übergangsrates müsse wieder neu verhandelt werden. Die Taliban hätten für eine Beteiligung an einer friedlichen Lösung drei Bedingungen gestellt: die Ratsmitglieder sollten nicht die Bürgerkriegsparteien, sondern die 30 Provinzen des Landes repräsentieren; nur "gute Moslems" sollten darin vertreten sein; eine neutrale Sicherheitstruppe solle gebildet werden, für die nur sie selbst in Frage kämen, da sie keiner Partei angehörten. Jedoch hat auch Interimspräsident Rabbani Bedingungen

formuliert. Sein Sprecher Aziz Murad erklärte, Rabbani werde erst zurücktreten, wenn er mit der Zusammensetzung des Staatsrates einverstanden sei. Taliban-Führer Muhammad Omar warnte am 26. Februar in einem BBC-Interview insbesondere Rabbani, zu einer Friedenslösung zu kommen. Ansonsten wären die Taliban bereit, nach Kabul einzumarschieren (siehe dazu auch Beiträge in dieser Ausgabe).

Vertretung im Übergangsrat der UN

Die Vereinigung der oppositionellen afghanischen Parteien, 'Supreme Coordination Council of Islamic Revolution of Afghanistan' (SCCIRA), hat sich als zentrale Shura im nordafghanischen Mazar-e-Sharif getroffen. SCCIRA-Sprecher Dr. Rasul Walib bestätigte, daß alle beteiligten Gruppierungen die Friedensbemühungen der UN unterstützen. Es bestehe die Notwendigkeit eines inner-afghanischen Dialogs für ein Problem, das nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden könne. SCCIRA versicherte die Bereitschaft, mit allen anderen Gruppen und Parteien zusammenzukommen, um an dem Problem der Machtübergabe zu arbeiten. Der vorgesehene Übergangsrat sollte außerhalb von Kabul gebildet werden, um Druck von der Rabbani-Masu Administration zu verhindern. Auch sollten Repräsentanten aller Gruppen, Parteien und Provinzen einen Platz im Übergangsrat haben.

Rabbani will keine Konkurrenten

Am letzten Februarwochenende brachen in Kabul Kämpfe zwischen Regierungstruppen und der schiitischen 'Hezb-e Wahdat-e Islami' aus, die den Westteil Kabuls kontrolliert. Trotz eines von der UNO vermittelten Waffenstillstands hielten sie auch im März weiter an. Die Regierungstruppen versuchen offensichtlich, nach der Schwächung der 'Hezb-e Islami' Hekmatyars nun auch dessen schiitischen Verbündeten zu schwächen. Die schiitischen Kämpfer sind gegenwärtig zwischen Regierungstruppen und Taliban eingeklemt. Auch die Luftwaffe sei bei den Kämpfen zum Einsatz gekommen, bei denen ein Krankenhaus des Roten Kreuzes in dem angrenzenden Gebiet getroffen wurde.

Auf der schwarzen Liste

Zu den fünf Ländern, die von der

USA-Regierung auf die "schwarze Liste" gesetzt wurden, weil sie sich ungenügend an der Bekämpfung des internationalen Rauschgifthandels beteiligen, gehört auch Afghanistan. Das teilte der Sprecher des Weißen Hauses, Michael McCurry, im März in Washington mit. Die betroffenen Staaten erhalten von den USA keine Waffenlieferungen, keine Exportkredite und keine Unterstützung für Kredite internationaler Institutionen. Afghanistan war 1994 noch aus Gründen der nationalen Sicherheit von den Sanktionen ausgenommen gewesen.

Medikamente für Kabul

Das 'Internationale Rote Kreuz' (ICRC) hat Ende März und Anfang April medizinische Versorgungsgüter mit 'Ariane Afghan Airlines' von Jalalabad nach Kabul geflogen. 60 Tonnen sind bereits transportiert worden, weitere 20 Tonnen sollen folgen. Die Medikamente werden in Kabul dringend benötigt. Die Straße von Pakistan über Serobi nach Kabul ist für Transporte nicht sicher genug. Serobi liegt 70 Kilometer östlich von Kabul und wird von der politischen Gruppierung 'Hezb-i-Islami' kontrolliert, die vor sechs Wochen von den Taliban aus der Hauptstadtregion vertrieben wurde. Sechs ICRC Jeeps sollen sich bereits in den Händen von 'Hezb-i-Islami' Kämpfern befinden. Seit dem Sieg der Rabbani-Truppen über die schiitischen Rivalen von der 'Hezb-i-Wahdat' und die Krieger der religiös motivierten Taliban-Bewegung Mitte März, sind die Kämpfe in Kabul mittlerweile zum Stillstand gekommen. Neben dem Roten Kreuz sind jetzt auch wieder andere ausländische Hilfsorganisationen in Kabul tätig.

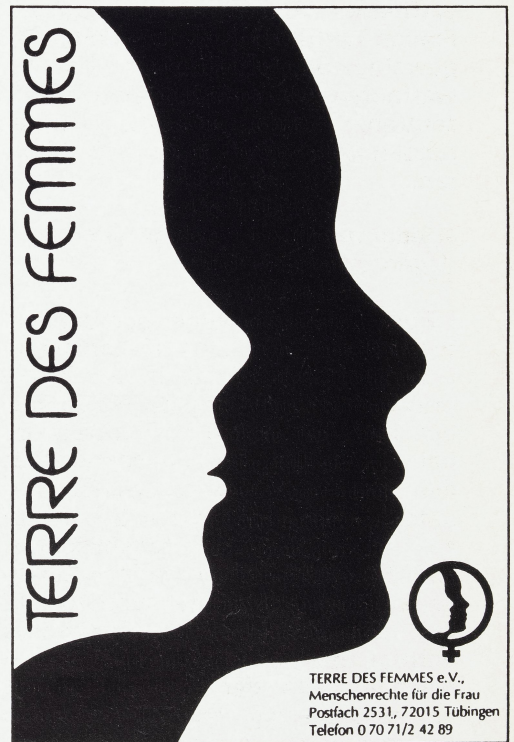
Einstellung der Flüchtlingshilfe?

Malik Abdul Qayyum, pakistanischer Minister of State for States and Frontier Region, forderte die afghanischen Führer auf, ihren zermürbenden Kampf um die Macht endlich aufzugeben. Ein baldiger Friedensschluß würde nicht nur der afghanischen Bevölkerung zugute kommen, sondern auch Wohlstand und Fortschritt für Pakistan und einige zentralasiatische Staaten bringen. Pakistan erhält von verschiedenen Organisationen 40 Millionen Rupien, um die 2,4 Millionen afghanischen Flüchtlinge zu versorgen, die sich noch in Pakistan befinden. Der Minister bat die internationalen

Hilfsorganisationen, ihre Hilfe für Afghanistan nicht wie geplant im September einzustellen, sondern weiterhin humanitären Beistand zu leisten. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat vorgesehen, sich in absehbarer Zeit nur noch um besondere Härtefälle wie Waisen, Witwen und Behinderte zu kümmern.

RUNDBRIEF 1/95

◆ Genitale Verstümmelung in Afrika ◆ Roll back beim Thema "Sexuelle Gewalt" ◆ Sextourismus in Brasilien ◆ Reaktion: 25. November – Vergewaltigung ◆ Frauenrechte in Asien/Polynesien ◆



TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531, 72015 Tübingen
Telefon 070 71/2 42 89